

# Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

## Die Pflegeversicherung in der Krise DIA-Studie beziffert erstmals konkrete Versorgungslücken

23.01.2008 - 11:50 Uhr, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Berlin (ots) - Die demografische Entwicklung führt das System der sozialen Pflegeversicherung (SPV) zwangsläufig in die Krise. Deshalb fordert die aktuellste DIA-Studie einen Systemwechsel hin zu einer kapitalgedeckten Eigenvorsorge.

"Ohne grundlegende Reformen wird das System der sozialen Pflegeversicherung (SPV) in den kommenden Jahrzehnten zusammenbrechen." Dessen sind sich die die Autoren der DIA-Studie, Professor Dr. Bernd Raffelhüschen und Dr. Jasmin Häcker (Forschungszentrum Generationenverträge, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg), sicher. Die Ursachen dafür sehen sie im erst 1995 eingeführten Umlageverfahren, das aufgrund des tiefgreifenden demographischen Wandels zum Kollaps führen wird. So ergibt sich aus den Daten des Statistischen Bundesamts (2006), dass im Jahr 2050 auf 100 Erwerbstätige 58,8 Rentner und 26,4 pflegebedürftige Menschen entfallen werden. Zum Vergleich: 2005 standen 100 Erwerbstätigen 30,5 Menschen über 65 Jahre und 7,1 Pflegebedürftige gegenüber.

Beitragssätze bis zu sieben Prozent

Lag der Beitragssatz 2007 noch bei 1,7 Prozent, wird er zum 1.7.2008 auf 1,95 Prozent angehoben. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird dieser bis zum Jahr 2020 auf 2,4 Prozent, bis 2035 auf 3,3 Prozent und bis 2055 auf 4,6 Prozent steigen. Berücksichtigt man eine realistische Ausgabensteigerung im Pflegesektor von 2,5 Prozent p.a., müsste der Beitragssatz laut DIA-Studie 2055 nicht 4,6 sondern sogar sieben Prozent betragen.

Magere Renditen

Je älter ein Jahrgang ist, umso stärker profitiert er von der umlagefinanzierten SPV. Bei einem unterstellten Beitragssatz von konstant 1,95 Prozent und gleichbleibendem realen Leistungsniveau erzielt der Jahrgang 1935 eine "Rendite" - das Verhältnis von Beiträgen zu Leistungen - von 33,5 Prozent, die 1945 Geborenen noch 9,7 Prozent, der Jahrgang 1975 sowie die Folgejahrgänge nur noch 3,8 Prozent. Berücksichtigt man aber den über die Zeit steigenden Beitragssatz, wird der Jahrgang 1975 nur noch mit 2,7 Prozent Rendite rechnen können, die 2005 Geborenen beispielsweise mit 1,3 Prozent, der Jahrgang 2010 mit 1,2 Prozent.

Das "Einfriermodell" - Ausweg aus der Krise

Um zu verhindern, dass junge sowie zukünftige Jahrgänge für gleiche reale Pflegeleistungen deutlich höhere Beiträge zu bezahlen haben, ist eine umfassende Reform unausweichlich. Als eine Möglichkeit schlägt die DIA-Studie vor, den Beitragssatz zur SPV bei 1,7 Prozent einzufrieren. Dies bedeutet eine Reduzierung des aktuellen Leistungsniveaus in den einzelnen Pflegestufen auf etwa die Hälfte. Unter der realistischen Annahme, dass im Pflegebereich ein moderater Kostendruck (2,5 Prozent Steigerung p.a.) unvermeidbar ist, läge das Niveau langfristig sogar bei unter einem Drittel und hätte eher den Charakter einer Grundversorgung.

Versorgungslücken bis zu 65 Prozent

In der Übergangsphase behalten die älteren Versicherten weitgehend ihren Leistungsanspruch gegenüber der SPV. Die jüngeren Versicherten sind demgegenüber zwar stärker von den Leistungskürzungen betroffen, haben aber genügend Zeit für den Aufbau einer privaten kapitalgedeckte Zusatzversicherung. Im optimistischen Szenario ("ohne Kostendruck") mit 1,5 Prozent Ausgabensteigerung p.a. besteht für den Jahrgang 1912 eine Versorgungslücke von 2,2 Prozent für den Jahrgang 1937 bereits von 18,8 Prozent bei den 2007 Geborenen von knapp 60 Prozent beim Jahrgang 2022 von knapp 65 Prozent. Bei einem realistischen Kostenanstieg von 2,5 Prozent steigen die Versorgungslücken insbesondere für Jüngere fast auf das Doppelte.

Verpflichtende kapitalgedeckte Pflege(zusatz)versicherung Für die Versorgungslücken haben die Autoren die monatliche Prämienzahlung für eine kapitalgedeckten Pflege(zusatz)versicherung berechnet. In einem Szenario mit einem konstanten Beitragssatz zur SPV von 1,7 Prozent und nur 1,5 Prozent Kostensteigerung p.a. bei den Gesamtpflegekosten läge die monatliche Prämie für 2007 Geborene bei 14,40 Euro, für den Jahrgang 2000 bei rund 15 Euro, für 1980 Geborene bei rund 20 Euro, den Jahrgang 1960 bei 24 Euro. Bei einer realistischer Weise anzunehmenden jährlichen Kostensteigerung von 2,5 Prozent p.a. müsste der Jahrgang 2007 - entsprechend der höheren Versorgungslücke - monatlich eine Prämie von 26 Euro zahlen, 2000 Geborene etwa 27 Euro, der Jahrgang 1980 33 Euro und 1960 Geborene 39 Euro.

Des weiteren wird Max A. Höfer, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

(INSM) einen auf dieser Studie fußenden Internetrechner vorstellen, mit dessen Hilfe jeder Bürger seine individuelle Rendite, seine Deckungslücke und die dafür erforderliche Zusatzprämie ermitteln kann.

DIA-Sprecher Bernd Katzenstein empfiehlt zur Lösung des Problems eine Versicherungspflicht. "Notwendig ist eine private Versicherungspflicht für die Pflegeversicherung, deren Prämien als Sonderausgaben von der Einkommensteuerschuld abzuziehen sein muss." Den INSM-Pflegerechner finden Sie unter [www.insm.de](http://www.insm.de). Die Studie "Die Pflegeversicherung in der Krise" kann unter [www.dia-vorsorge.de](http://www.dia-vorsorge.de) angefordert werden.

Pressekontakt:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)  
Jens Walter  
Tel.: 0221/4981-412  
E-Mail: [walter@insm.de](mailto:walter@insm.de)

Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA)  
Bernd Katzenstein  
Tel.: 0221/161 2113  
E-Mail: [katzenstein@dia-vorsorge.de](mailto:katzenstein@dia-vorsorge.de)

Originaltext: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)  
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/39474/>  
Pressemappe via RSS: [http://www.presseportal.de/rss/pm\\_39474.rss2](http://www.presseportal.de/rss/pm_39474.rss2)